



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage 2023-GC-100

Die Neutralität in der Schule wird von der Sozialdemokratischen Partei untergraben

Urheber: **Mesot Roland / Kolly Nicolas**

Anzahl Mitunterzeichner/innen: **0**

Einreichung: **20.04.2023**

Begründung: **20.04.2023**

Überweisung an den Staatsrat: **20.04.2023**

Antwort des Staatsrats: **06.06.2023**

I. Anfrage

Wir haben erfahren, dass Frau Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider am 1. Mai die OS des Gruyèrebezirks besuchen wird. Es kommt nicht jeden Tag vor, dass Schülerinnen und Schüler Gelegenheit haben, sich mit einer Bundesrätin auszutauschen. Eine solch einzigartige gelebte bildungspolitische Erfahrung ist zu begrüßen.

Leider verbirgt sich hinter dieser Initiative in Wirklichkeit die Einladung einer Partei mit dem Briefkopf der Sozialdemokratischen Partei von Bulle, was im Widerspruch zu Artikel 2 des Schulgesetzes steht, der die Achtung der politischen Neutralität der Schule verlangt.

Der Ablauf der Veranstaltung wirft bei uns Fragen auf, insbesondere da keine Vertreterin oder kein Vertreter der eingeladenen kantonalen Behörden an diesem Anlass eine Rede halten wird. Wäre es nicht angebracht gewesen, den Präsidenten des Staatsrats, den Oberamtmann oder die Präsidentin des Grossen Rates einige Begrüssungsworte sprechen zu lassen? Sollten diese Personen nicht darauf angesprochen worden sein, zeigt dies den ausschliesslich politischen Charakter und Zweck dieser Veranstaltung auf.

Viele andere in den Medien angesprochene Elemente werfen Fragen oder sogar Bedenken hinsichtlich der politischen Neutralität der Schule auf. Diese Situation veranlasst uns, dem Staatsrat folgende Fragen zu stellen:

1. War der Staatsrat über diese Veranstaltung informiert? Wenn ja, wie hat er darauf reagiert?
2. Es wäre offenbar angebracht gewesen, eine Grussbotschaft von einer Vertreterin oder einem Vertreter der kantonalen Behörden zu organisieren. Wurden die Vertreterinnen oder Vertreter der kantonalen Institutionen, d. h. der Präsident des Staatsrats, der Oberamtmann oder die Präsidentin des Grossen Rates, nebst der blossen Einladung gebeten, ein Grusswort an die Bundesrätin zu richten?

3. Aus den Medien haben wir erfahren, dass die Veranstaltung der Sozialdemokratischen Partei in enger Zusammenarbeit mit der OS organisiert werde. Bedeutet dies, dass die OS des Greyerzbezirks oder ihre Schuldirektion mit allen Sektionen politischer Parteien in ihrer Region in Verbindung steht, oder ist dies ein Privileg, das der Sozialdemokratischen Partei gewährt wird?
4. In der Reaktion des EJPD wird erwähnt, dass Mitglieder mehrerer Parteien an der Veranstaltung teilnehmen. Die Mitarbeiterin der BKAD wiederum gibt an, dass «sich die Schülerinnen und Schüler auf neutrale Weise mit der nationalen politischen Landschaft und ihren wichtigsten Ausrichtungen befassen». Angesichts dessen, dass die eingeladenen Gäste nicht das Wort ergreifen sollen, handelt es sich folglich um einen Anlass mit Rednerinnen und Rednern aus demselben politischen Lager (einschliesslich der Moderatorin), ohne Debatte und ohne Gegenargumente. Bestätigt der Staatsrat die Stellungnahme der BKAD? Steht dies im Einklang mit Artikel 2 Abs. 3 des Schulgesetzes?
5. In seiner ausführlichen Antwort auf die Anfrage 2021-CE-200 des ehemaligen Grossrats Philippe Demierre vom August 2021 präzisierte der Staatsrat zur Frage, wie die politischen Parteien an den Schulen behandelt werden: «Ziel ist es, den Schülerinnen und Schüler einen Einblick in die Vielfalt der Parteienlandschaft in der Schweiz zu geben», und erläuterte ferner in Bezug auf das gleiche Thema im Geschichtsunterricht in der 10H: «In beiden Fällen werden die Parteien neutral präsentiert». In diesem konkreten Fall wird aber eine völlig sozialistische Sicht- und Denkweise präsentiert. Wird der Staatsrat eingreifen, damit sich solche einseitig orientierten politischen Veranstaltungen an einer Schule nicht wiederholen?

II. Antwort des Staatsrats

Am 20. April 2023 veröffentlichte die Direktion für Bildung und kulturelle Angelegenheiten (BKAD) eine Medienmitteilung, in der sie unter anderem darauf hinwies, dass eine Veranstaltung, die in einer Schule und im Rahmen des Unterrichts in politischer Bildung stattfindet, einen neutralen Dialog ohne jeglichen Druck für die Schülerinnen und Schüler ermöglichen solle. Sie erinnerte auch daran, dass die Anwesenheit von offiziellen Gästen oder Medienvertretern im Rahmen einer Veranstaltung, die schulisch bleiben soll, von den Schulbehörden vorab befürwortet werden muss. Der offizielle Teil des Programms, d.h. in Anwesenheit politischer Gäste sowie Journalistinnen und Journalisten, durfte daher nicht während der Schulzeit an der Schule durchgeführt werden.

Dementsprechend hat die BKAD beschlossen, dass die Schule die Organisation des Treffens zwischen der Bundesrätin und den Schülerinnen und Schülern wieder selbst in die Hand nehmen solle. Der Austausch mit der Bundesrätin war Teil des Unterrichts in politischer Bildung, wie dies im Westschweizer Lehrplan (Plan d'études romand – PER) vorgesehen ist, der im französischsprachigen Kantonsteil gilt. Dieses Treffen fand am 1. Mai unter Wahrung der politischen Neutralität der Schule statt, wie sie in der Freiburger Kantonsverfassung (Art. 64 Abs. 4) sowie im Schulgesetz (Art. 2 Abs. 3) verankert ist.

1. War der Staatsrat über diese Veranstaltung informiert? Wenn ja, wie hat er darauf reagiert?

Der Staatsrat erhielt am 13. April über die E-Mail-Adresse der Staatskanzlei eine Einladung der Sozialdemokratischen Partei von Bulle, gleichzeitig mit den anderen Personen, die zur Veranstaltung eingeladen wurden. Wie jede offizielle Einladung an den Staatsrat wurde auch diese von der Staatskanzlei bei der Eintragung in die Liste ihrer nächsten wöchentlichen Sitzung

übermittelt, in diesem Fall nach den Schulferien in der Liste von Donnerstag, 20. April, für die Sitzung vom 25. April 2023.

Die Direktion für Bildung und kulturelle Angelegenheiten (BKAD) ihrerseits wurde von der Partei nicht kontaktiert. Sie wurde am 18. April 2023 indirekt über die Veranstaltung informiert und setzte sich sofort mit den betroffenen Parteien in Verbindung. Daraufhin unternahm sie bei den Organisatoren und Organisatoren Schritte, um die Veranstaltung in einen rein schulischen Rahmen zu stellen. So verlangte sie, dass der offizielle Teil mit den politischen Gästen und den Medien ausserhalb der Schule oder der Schulzeit stattfinden solle. Diesbezüglich hat die BKAD am 20. April 2023 eine [Medienmitteilung](#) veröffentlicht.

2. *Es wäre offenbar angebracht gewesen, eine Grussbotschaft von einer Vertreterin oder einem Vertreter der kantonalen Behörden zu organisieren. Wurden die Vertreterinnen oder Vertreter der kantonalen Institutionen, d. h. der Präsident des Staatsrats, der Oberamtmann oder die Präsidentin des Grossen Rates, nebst der blossen Einladung gebeten, ein Grusswort an die Bundesrätin zu richten?*

Der Präsident des Staatsrats wurde nicht angefragt, um vor dem Versand der Einladungen der Sozialdemokratischen Partei von Bulle am 13. April 2023 ein Grusswort zu organisieren. Soweit dem Staatsrat bekannt ist, wurden auch weder die Präsidentin des Grossen Rates noch der Oberamtmann des Gruyèrebezirks einbezogen. Zusätzlich zu dieser Einladung erhielten alle Gäste am 14. April 2023 eine Nachricht der Partei, worin stand, dass sie in Kürze ein endgültiges Programm erhalten werden, da man noch einige Bestätigungen abwarte. Da sie nicht in die Organisation eingebunden waren, hatten weder der Staatsrat noch die BKAD über ihr Amt für Unterricht (SEnOF) Informationen über die Ergänzungen zum Programm der Veranstaltung.

3. *Aus den Medien haben wir erfahren, dass die Veranstaltung der Sozialdemokratischen Partei in enger Zusammenarbeit mit der OS organisiert werde. Bedeutet dies, dass die OS des Gruyèrebezirks oder ihre Schuldirektion mit allen Sektionen politischer Parteien in ihrer Region in Verbindung steht, oder ist dies ein Privileg, das der Sozialdemokratischen Partei gewährt wird?*

In ihren Kontakten mit den Beteiligten ab dem 18. April 2023 konnte die BKAD den organisatorischen Ablauf des Empfangs von Frau Bundesrätin Baume-Schneider an der Orientierungsschule La Tour-de-Trême klären. Der Austausch fand direkt zwischen der Sozialdemokratischen Partei von Bulle, die die Veranstaltung initiiert hatte, und dem Schuldirektor der Orientierungsschule statt. Damals ging es hauptsächlich darum, den Besuch der Bundesrätin für eine Diskussion mit Schülerinnen und Schülern zu organisieren.

Die Schuldirektion sah die didaktische Chance, die sich aus dem Austausch mit einer Vertreterin der Bundesregierung im Rahmen des Unterrichts in politischer Bildung ergab. In diesem Unterricht befassen sich die Lehrpersonen auf neutrale Weise mit der Vielfalt der Parteienlandschaft in der Schweiz. So kümmerte sich die Orientierungsschule um den pädagogischen Teil des Besuchs, d. h. darum, die Gespräche zwischen den Schülerinnen und Schülern und der Bundesrätin in den im Westschweizer Lehrplan vorgesehenen Unterrichtsprogramm einzubinden. Die Teilnahme an diesem Treffen wurde den Schülerinnen und Schülern auf freiwilliger Basis angeboten.

Die Einladungen und das vollständige Programm wurden von der Sektion Bulle der Sozialdemokratischen Partei organisiert und verschickt. Der Schuldirektor sah sich einen Vorschlag für den Inhalt des Textes für die Einladung an, hielt es jedoch nicht für nötig, seine Vorgesetzten zu

informieren, da die Veranstaltung Gäste mit unterschiedlichem politischen Hintergrund versammelte und das Treffen noch nicht bestätigt worden war. Die Einladung mit sozialistischem Briefkopf, die weitgehend an Freiburger Politikerinnen und Politiker gerichtet war, wurde dem Schuldirektor während seiner Ferien im Ausland übermittelt.

Nach diesen Abklärungen konnte der Staatsrat feststellen, dass der Besuch der Bundesrätin auf grosse Begeisterung stiess und dass während der Organisation die politische Dimension des Ereignisses nicht als potenziell problematisch wahrgenommen wurde. Das Amt für obligatorischen Unterricht und die BKAD wurden somit weder von der Partei noch vom Schuldirektor in die Veranstaltung einbezogen. Dieser gibt zu, dass er die politische Sensibilität rund um diese Veranstaltung unterschätzt hat, und versichert, dass er in Zukunft auf diesen Aspekt achten wird.

4. *In der Reaktion des EJPD wird erwähnt, dass Mitglieder mehrerer Parteien an der Veranstaltung teilnehmen. Die Mitarbeiterin der BKAD wiederum gibt an, dass «sich die Schülerinnen und Schüler auf neutrale Weise mit der nationalen politischen Landschaft und ihren wichtigsten Ausrichtungen befassen». Angesichts dessen, dass die eingeladenen Gäste nicht das Wort ergreifen sollen, handelt es sich folglich um einen Anlass mit Rednerinnen und Rednern aus demselben politischen Lager (einschliesslich der Moderatorin), ohne Debatte und ohne Gegenargumente. Bestätigt der Staatsrat die Stellungnahme der BKAD? Steht dies im Einklang mit Artikel 2 Abs. 3 des Schulgesetzes?*

Der Staatsrat argumentiert, dass bei einem Besuch einer Bundesrätin in einer Schule die politische Neutralität der Schule gewahrt bleibt. Das Treffen mit einer Vertreterin oder einem Vertreter der Schweizer Regierung ist eine Gelegenheit und ein wichtiges Ereignis im Leben einer Bürgerin oder eines Bürgers. Es ist übrigens nicht ungewöhnlich, dass sich Schülerinnen und Schüler im Rahmen der politischen Bildung mit Politikerinnen und Politikern zu einem Austausch treffen. Unter diesem Gesichtspunkt und wie von der BKAD in der Medienmitteilung ausgedrückt, respektiert dieser an einer Schule organisierte Austausch die politische Neutralität des Unterrichts im Sinne von Artikel 2 Absatz 3 des Schulgesetzes.

Wie in der Medienmitteilung der BKAD vom 20. April 2023 erläutert, ist es für eine Veranstaltung, die in einer Schule und im Rahmen des Unterrichts in politischer Bildung stattfindet, jedoch zwingend erforderlich, dass die Veranstaltung einen neutralen Dialog ohne jeglichen Druck für die Schülerinnen und Schüler ermöglicht.

Eine politische Partei ist nämlich nicht berechtigt, eine solche Veranstaltung in einer Schule während der Schulzeit zu organisieren und ein Programm mit geladenen Gästen anzubieten, ohne die Schulbehörde zu informieren. Die Anwesenheit von offiziellen Gästen oder Medienvertretern muss von den Schulbehörden vorab genehmigt werden.

Daher teilte die BKAD der Sozialdemokratischen Partei von Bulle am 20. April 2023 mit, dass der offizielle Teil des für den 1. Mai in der OS La Tour-de-Trême geplanten Programms, d.h. in Anwesenheit der politischen Gäste sowie der Journalistinnen und Journalisten, nicht während der Schulzeit in der Schule stattfinden könne. Die Organisation des Austauschs zwischen den Schülerinnen und Schülern und der Bundesrätin wurde von da an von der Schule übernommen.

5. *In seiner ausführlichen Antwort auf die Anfrage 2021-CE-200 des ehemaligen Grossrats Philippe Demierre vom August 2021 präzisierte der Staatsrat zur Frage, wie die politischen Parteien an den Schulen behandelt werden: «Ziel ist es, den Schülerinnen und Schüler einen Einblick in die Vielfalt der Parteienlandschaft in der Schweiz zu geben», und erläuterte ferner in Bezug auf das gleiche Thema im Geschichtsunterricht in der 10H: «In beiden Fällen werden die Parteien neutral präsentiert». In diesem konkreten Fall wird aber eine völlig sozialistische Sicht- und Denkweise präsentiert. Wird der Staatsrat eingreifen, damit sich solche einseitig orientierten politischen Veranstaltungen an einer Schule nicht wiederholen?*

Der Staatsrat schliesst sich der Feststellung der Grossräte Mesot und Kolly über die Organisation einer Veranstaltung durch eine politische Partei an einer Schule an. Daher beschloss die BKAD, als sie über die Veranstaltung und ihre Modalitäten informiert wurde, sich dafür einzusetzen, dass der Besuch von Frau Bundesrätin Baume-Schneider in einem rein schulischen Rahmen stattfindet.

Wie in der Antwort auf Frage 2021-CE-200 ausgeführt, befassen sich die Schülerinnen und Schüler im Rahmen der politischen Bildung auf neutrale Weise mit der Vielfalt der Parteienlandschaft in der Schweiz. Der Besuch der Bundesrätin wurde von den Lehrpersonen unter Berücksichtigung dieser Voraussetzung mit den Schülerinnen und Schülern vorbereitet. Zu erwähnen ist auch, dass im Lehrplan der Austausch mit Akteurinnen und Akteuren des politischen Lebens empfohlen wird.